

BAO Atlantik stellt 14.000 deutsche Polizistinnen und Polizisten vor neue Herausforderung!

NATO Gipfel Anfang April – Bereitschaftspolizei ist dabei!



Mit einem Doppelgipfel in Kehl und Straßburg feiert die Nordatlantikvertrag-Organisation (NATO) Anfang April ihr 60jähriges Bestehen.

Höhepunkt des Treffens, zu dem auch der neue amerikanische Präsident erwartet wird, ist der vollständige Wiedereintritt Frankreichs in die NATO, der mit einer Begegnung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und den Spitzen der Bündnisstaaten unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Mitte der „Passerelle des deux Rives“ symbolisiert werden soll, einer Fußgängerbrücke, die seit der deutsch-französischen Landesgartenschau im Jahr 2004 die Ufer Deutschlands und Frankreichs über dem Rhein bei Kehl verbindet.

Das politische und organisatorische Großereignis stellt auch die Polizei vor neue Herausforderungen.



Die North Atlantic Treaty Organization, besser bekannt unter der gebräuchlichen Abkürzung NATO ist ein militärisches

Bündnis euro-päischer und nordamerikanischer Staaten. Wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, am 4. April 1949, unterzeichneten die NATO-Gründungsmitglieder Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, die Vereinigten Staaten von Amerika sowie das Vereinigte Königreich (UK) den Nordatlantikvertrag, der dann am 24. August desselben Jahres in Kraft trat. Die NATO hat zurzeit 26 Mitgliedsstaaten. Neben den zwölf oben erwähnten Gründungsmitgliedern aus dem Jahr 1949 traten 1952 die Türkei und Griechenland der Organisation bei. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1955 Mitglied der NATO. Spanien trat 1982 bei, 1990 erfolgte die Ausdehnung des Nordatlantikvertrages auf das gesamte, vereinigte Deutschland. Im Zuge der NATO-Osterweiterung wurden 1999 Tschechien, Polen, Ungarn Mitglieder der NATO.

Danach erfolgte die Einladung der Länder Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien, welche am 2. April 2004 der NATO beitraten. Albanien und Kroatien erhielten am 3. April 2008 beim Gipfeltreffen in Bukarest eine Einladung zum Militärbündnis und unterzeichneten am 9. Juli in Brüssel die Beitrittsprotokolle.

Auch die hessische Polizei wird mit einem Kräftekontingent präsent sein. Anzunehmen ist, dass die Bereitschaftspolizei das Gros der Kräfte stellen wird und deswegen auch im Einsatzzeitraum keine zusätzlichen

Aufgaben in Hessen wahrnehmen wird.

Anlässlich eines Ortstermins haben die GdP - Spitzen des Bundesvorstandes bereits vor Ort Kontakt mit den maßgeblichen Verantwortlichen aufgenommen. Dies hat nicht nur Tradition sondern ist auch mittlerweile „guter Brauch“ der größten Berufsvertretung der Polizeibeschäftigten.

Im Gespräch mit dem verantwortlichen Chef der Landespolizeidirektion Freiburg, Herrn LKD Rotzinger, wurde deutlich, dass die Aufgaben Herausforderung und Ansporn sein werden.

Aus dem beschaulichen Städtchen Freiburg wird er die BAO „Atlantik“ leiten, die sich über einen Einsatzraum von 250 Kilometern in der Länge und 50 Kilometern in der Breite erstreckt und jeweils fast 100 Kilometer von den beiden deutschen Hauptschauplätzen Kehl und Baden-Baden entfernt liegt. Die Kunst wird auch bei diesem Einsatz sein, 14.000 Einsatzkräfte adäquat unterzubringen und zu verpflegen. „X plus 60 Minuten“ lautet die Faustregel, mit der die Quartiermacher der „BAO Atlantik“ seit Wochen in der Region unterwegs sind, um die erwarteten 14.000 Einsatzkräfte aus dem ganzen Bundesgebiet unterzubringen.

Rund 17.000 Betten haben sie bereits frisch bezogen und die stehen in polizeieigenen Häusern und Jugendherbergen, aber auch in Sterne-Hotels und beschaulichen Gasthöfen, Frühstück und eine warme Mahlzeit inklusive. In

enger Zusammenarbeit mit den Personalräten und dem Landesbezirk Baden-Württemberg der Gewerkschaft der Polizei werden dienstliche und soziale Regelungen abgestimmt.

Dem Gegenüber wollen die in der betroffenen Region wohnenden Anlieger natürlich in ihrer Bewegungsfreiheit so wenig wie möglich beschränkt sein.

Die Welt ist auch – nicht zuletzt durch die tausende Medienvertreter - stets präsent!



Und: 26 Staatschefs, Außen- und Verteidigungsminister mit ihrer entsprechenden Entourage sind in das Sicherheitskonzept einzu beziehen.

Widerstand gegen den avisierten NATO – Gipfel wird es auch geben, u.a. plant die Friedens- und globalisierungskritische Bewegung Demonstrationen anzumelden.

Für den 4. April wollen die Nato-Gegner mit einer Großdemonstration in Straßburg, sowie Blockaden bei den Feierlichkeiten in Baden-Baden auf sich aufmerksam machen. Naturgemäß muss immer mit Aktionen gerechnet werden.



Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der GdP stellte fest:

„Wir begrüßen, dass viele Konsequenzen aus den Erfahrungen des G8-Gipfels in Heiligendamm gezogen worden sind. Nun muss darauf gedrungen werden, dass der Polizei in Deutschland zu diesem Großeinsatz der Rücken freigehalten wird.“

Die Gewerkschaft der Polizei forderte daher eine Absage anderer sicherheitsrelevanter Veranstaltungen wie Fußballspiele und Versammlungen extremistischer Organisationen für die Einsatztage.

Freiberg: *„Für den Schutz der zahlreichen, hochkarätigen Staatsgäste, muss die Polizei eine Herkules- Aufgabe bewältigen. Es ist nicht zu verantworten, wenn zwingend benötigte Kräfte zu Nebenschauplätzen wie Fußballstadien oder Marktplätzen abgestellt werden müssten.“*



Auch die Personalräte der Kräfteentsendeländer werden gemeinsam vor Ort bei ihren Kräften sein.

„Die Überwachung der einzuhaltenden Standards bei Unterbringung und Verpflegung stellt keine Gängelei dar. Sie dient der adäquaten Unterbringung derjenigen, die für den reibungslosen Ablauf dieses weltumspannenden Ereignisses mit verantwortlich zeichnen“, stellt der stellvertretende Personalratsvorsitzende der hessischen Bereitschaftspolizei, Jens Mohrherr, fest.

Der Vertreter des Hauptpersonalrates der baden – württembergischen Polizei, Rüdiger Seidenspinner, zieht ein erstes Resumee:

„Wir haben uns bei den Vorbereitungen davon überzeugen können, dass die von der GdP entwickelten Standards für die Unterbringung und Versorgung der Kolleginnen und Kollegen nicht nur eingehalten, sondern in weiten Teilen auch übertroffen werden.“

Wir bleiben am Ball – Die GdP!